



ANNA BINDLER

Sicherheit braucht Fakten – und Haltung

Anna Bindler ist Leiterin der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.



In Deutschland steigen die Sorgen vor Kriminalität, gerade im Zusammenhang mit Migration. Dabei ist Deutschland im internationalen Vergleich ein sicheres Land. Der Trend der Kriminalitätsraten ist seit Anfang der 2000er Jahre rückläufig, während die Zuwanderung aus anderen europäischen Ländern und die Zahl von Geflüchteten im gleichen Zeitraum stark zugenommen haben. Gleichzeitig sehen wir einen intensiven, oft emotionalen Diskurs in Politik und Gesellschaft, der Kriminalität und Migration verknüpft. Die Aufgabe der Wissenschaft, vielleicht auch ihr Privileg, ist eine differenzierte Betrachtung vielschichtiger Zusammenhänge – so auch hier.

Was wissen wir also aus der Forschung? Zunächst, dass die bisherigen Ergebnisse keine Belege für einen kausalen Zusammenhang von Kriminalität und Migration liefern. Kriminalität ist ein komplexes Phänomen: Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil haben Ausländer*innen in der Polizeilichen Kriminalstatistik einen deutlich höheren Anteil an Tatverdächtigen als Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Manche schließen daraus, dass Migration zu Kriminalität führe. Aber: Diese pauschale Aussage so stehen zu lassen, wäre falsch und würde der Komplexität des Themas Kriminalität nicht gerecht werden. Denn wir wissen aus der Forschung, dass nicht Herkunft oder Hautfarbe die Ursachen von Kriminalität sind. Vielmehr hängen die Risikofaktoren mit sozioökonomischen Umständen, Bildungsbiografien und Integrationserfahrungen zusammen. Entscheidend im Sinne des Ursache-Wirkungs-Prinzips ist also nicht Migration – sondern, ob Menschen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt eingebunden sind.

Dazu kommt eine weitere Herausforderung: die Datenlage in Deutschland. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bildet derzeit die Hauptquelle für die Erfassung von Kriminalität in Deutschland – muss aber mit Vorsicht interpretiert werden. Erstens: Sie erfasst Verdachtsfälle vor der Bearbeitung durch die Staatsanwaltschaft und Gerichte. Zweitens: Sie beschränkt sich auf das Hellfeld – diejenigen Fälle, die von der Polizei registriert werden.

Das bedeutet, dass nicht nur die Kriminalitätsentwicklung per se einen Einfluss auf die Statistik hat, sondern auch das Meldeverhalten in der Bevölkerung oder die Prioritätensetzung in der polizeilichen Arbeit. Wie beispielsweise in dem Bericht des Bundeskriminalamtes zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2024 steht, bedeutet dies: „Die PKS bietet kein exaktes Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktsart mehr oder weniger genaue Annäherung an die Realität.“ Für ein Bild der realen Entwicklung sollten die Ergebnisse der kommenden Dunkelfeldstudien herangezogen werden.

Öffentliche Sicherheit muss Priorität haben – allein, um den Opfern von Kriminalität gerecht zu werden. Kriminalitätsbekämpfung und Prävention sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die die Aufmerksamkeit von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft fordern. Kriminalität entsteht nicht im luftleeren Raum. Es gibt strukturelle Ursachen: Bildungsbenachteiligung, schwieriger Zugang zum Arbeitsmarkt, erschwerte Lebensumstände oder fehlende gesellschaftliche Integration.

Aus wissenschaftlichen Ergebnissen lassen sich hier Handlungsoptionen ableiten: Wo sollte Politik ansetzen? Was wäre wirksam? Welche Alternativen gibt es? Diese Debatte sollte aber nicht auf emotionaler oder populistischer Ebene geführt werden. Es geht nicht darum, schwierige Themen nicht anzusprechen – die Herausforderung liegt vielmehr darin, dies in differenzierter Art und Weise zu tun, ohne zu pauschalisieren und ohne sich von vereinfachten Narrativen leiten zu lassen. Denn durch Ausgrenzung und Stigmatisierung erhöhen wir unsere Sicherheit nicht, auch das zeigt die Forschung.

Der Kommentar ist Ende Juli im Magazin „Ausguck“ der CDU-Bürgerschaftsfraktion im Land Bremen erschienen.



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

92. Jahrgang 5. September 2025

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Prof. Dr. Martin Gornig

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).